

11.02.2013

Dr. Hagen

Tel. 4746

Frage Nr. L08

Vorlage für die Sitzung des Senats am 11.12.2012

„Nationaler Cloud-E-Mail-Dienst“

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen hat für die Fragestunde der Bürgerschaft folgende Anfrage an den Senat gestellt:

„Nationaler Cloud-E-Mail-Dienst

Wir fragen den Senat:

1. Hat der Senat dem IT-Planungsrat des Bundes das Interesse des Landes Bremen am gemeinsamen Cloud-E-Mail-Dienst bekundet, falls nicht, was waren die Gründe dafür?
2. Welche Vor- und Nachteile sieht der Senat in der Nutzung einer gemeinsamen Cloud-Infrastruktur?
3. Wann ist mit der Umsetzung dieses Dienstes zu rechnen?“

Der Senat beantwortet die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1:

Ein Cloud-E-Mail-Dienst ist eine zentral betriebene Dienstleistung (im Gegensatz zum Besitz eigener Hard- und Software) für die Bereitstellung von E-Mail-Postfächern. Die Dienstleistung wird mit hoher Verfügbarkeit, d.h. durch den Betrieb von in der Regel mehreren Standorten, über ein allgemein zugängliches Netz angeboten. Als Netz kann das Internet oder ein anderes Netz wie z.B. das Deutschland-Online-Infrastruktur (DOI)-Netz genutzt werden.

Wie andere Bundesländer auch hat die Freie Hansestadt Bremen ihr Interesse an dem Projekt des IT-Planungsrates zum gemeinsamen Cloud-E-Mail-Dienst bekundet. Eine Entscheidung über eine Realisierung ist weder in Bremen noch anderswo erfolgt.

Zu Frage 2:

Der Senat ist stetig bemüht, die Kosten des IT-Betriebes zu minimieren. Der gemeinsame Betrieb einer E-Mail-Infrastruktur mit anderen Ländern ist im Grundsatz dazu geeignet, die Betriebskosten für E-Mail zu reduzieren. Bei einer Realisierung sind geeignete Organisations- und Auditierungsmodelle zu realisieren, die Verfügbarkeit, Datenschutz und Datensicherheit der E-Mails der bremischen Verwaltung sicherstellen. Welche Modelle das sind und welche Kosten und Nutzen dabei entstehen, soll Gegenstand weiterer Untersuchungen sein, die noch zu beauftragen sind.

Zu Frage 3:

Aufgrund der noch ausstehenden Untersuchungen kann kein Datum für die Umsetzung dieses Dienstes genannt werden. Der Senat geht davon aus, dass für Bremen eine Umsetzung vor 2014 in keinem Fall realisierbar ist.